



Medien-Information

15. Februar 2005

Lütkes: Gleichstellungsbeauftragte sind auch in Zukunft unverzichtbar

Frauenministerin Anne Lütkes hält die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein weiterhin für unverzichtbar. Plänen von Seiten der CDU, wonach die Kommunen in Zukunft nicht mehr verpflichtet sein sollen, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte einzustellen, erteilte Lütkes eine klare Absage: "Das würde die Arbeit von über 15 Jahren kaputt machen", sagte sie am Dienstag (15. Februar) in Kiel. Die Gleichstellungsbeauftragten seien "die treibende Kraft der Chancengleichheit vor Ort". Insbesondere bei der Umsetzung von Hartz-IV sei es wichtig, dass sie die Interessen der Frauen im Auge behalten.

Lütkes beklagte, dass einige Gemeinden und Kreise verstärkt dazu übergingen, die Arbeitszeit von Gleichstellungsbeauftragten zu reduzieren oder freie Stellen nur zögerlich nach zu besetzen. Die Fülle von Aufgaben stelle hohe Anforderungen an deren fachliche und soziale Kompetenz. Diese ließen sich nur bewältigen, wenn dafür ein entsprechendes Arbeitszeitvolumen eingeräumt wird, so die Ministerin.

Nach der Kommunalverfassung haben die Kreise sowie Gemeinden und Ämter mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. Diese sind bei allen fachlichen Angelegenheiten ihrer Dienststelle zu beteiligen, die "gleichstellungsrelevant" sind, müssen aber auch in sämtliche personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen und Planungen mit eingebunden werden. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten tragen zusätzlich auf örtlicher Ebene zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Frauen bei: sie erstellen beispielsweise Ratgeber für erwerbstätige Frauen, organisieren Veranstaltungen für Existenzgründerinnen, initiieren Modellprojekte zur Teilzeitarbeit und unterstützen die Arbeit der Frauenhäuser und Notrufe. Insgesamt sind in Schleswig-Holstein rund 1.600 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte tätig, davon etwa 200 in den Kommunen. Betreut und unterstützt werden sie seit 1997 durch eine Koordinierungsstelle im Frauenministerium.

Weitere Informationen über die kommunale Gleichstellungsarbeit enthält die kostenlose Broschüre „Die Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein: hinsehen - aufgreifen - handeln“. Sie ist im Frauenministerium erhältlich: Tel: 0431 988 3703, Fax: 0431 988 3704 oder per Mail: Pressestelle.mjf@jumi.landsh.de.